

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 22. November 1889.

№ 92.

Das Schweine-Einfuhrverbot im Reichstage.

Was für große Hoffnungen setzten die Freisinnigen auf das Schweine-Einfuhrverbot! Schon lange hatte es ihnen an einem zugkräftigen Schlagwort für politische Agitation gefehlt, und so war es erklärlich, daß sie sich mit aller Kraft auf jene im Interesse der sanitären Verhältnisse des deutschen Viehstandes erlassene Maßregel stürzten, zumal das Anziehen der Preise nicht nur für Schweinefleisch, sondern auch für andere Lebensmittel ihnen Gelegenheit gab, von Neuem sich zu Schutzherrn des „kleinen Mannes“ aufzuwerfen. Von allen Seiten wurde zunächst für die Reichstagsession, alsdann für die kommenden Wahlen eine Haupt- und Staatsaction der Freisinnigen gegen die angebliche „Vertheuerungspolitik“ der Regierung verkündigt. Und nun?

Im Reichstage ist sie bereits versucht worden, aber kläglich gescheitert, obwohl sie nur ganz schüchtern, und zwar nur mit dem Ziel der Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots an der dänischen Grenze unternommen wurde. Nichts findet sich in den Reden der freisinnigen Führer, was nicht schon vorher an kühnen Behauptungen und ungereimten Beschuldigungen von der freisinnigen Presse vorgebracht worden wäre. Da soll das Schweine-Einfuhrverbot nur den „Agrariern“, großen Grundbesitzern und Schweinezüchtern zu Liebe erlassen worden sein, und ebenso soll es eine Theuerung des Fleisches herbeigeführt haben, welche schon zu einer wahren „Kalamität“ geworden sei: Aber irgend welche Belege für diese Behauptungen wurden nicht erbracht.

Um so bessere Belege hatten die Minister Dr. von Boetticher und Dr. Frhr. Lucius von Ballhausen für das Gegentheil bei der Hand. Bei dem Verbot handelte es sich nur darum, zu verhüten, daß im Inlande durch die Ansteckungsgefahr bei weitem größere wirtschaftliche Nachteile eintreten, als sie durch ein Verbot hervorgerufen werden können. In Oesterreich waren im Juni 414, am 31. Oktober 2040 Gemeinden und jetzt sind noch 1893 Gemeinden verseucht. In Ungarn waren im Juni nur 46 Ortschaften, jetzt sind 1144 Ortschaften verseucht. Ebenso aber kann auch von einem Erlöschen der sog. Schweinecholera in Dänemark noch nicht die Rede sein. Was aber die Preissteigerungen anbetrifft, so können dieselben nicht geleugnet, wohl aber dürfen sie nicht auf das Einfuhrverbot zurückgeführt werden, denn in London, Paris und Amsterdam sind die Preise ebenso gestiegen ohne Einfuhrverbot. Der Abg. Graf von Hoenzbroech führte als weiteren Beleg an, daß man diesseits der holländischen Grenze 65 Pfennig für das Pfund bezahlt, während es jenseits 68 Pfennig kostet. Es sind eben allgemeine Ursachen, welche die Preissteigerung bewirkt haben, nicht aber allein das Einfuhrverbot. Und was die durch die Preissteigerung angeblich bewirkte „Kalamität“ anbetrifft, so wies Minister von Boetticher mit Recht auf die steigende Tendenz der Löhne hin, welche eine eigentliche Kalamität nicht aufkommen lassen.

Unter solchen Umständen würde eine Aufhebung des Einfuhrverbots, wie sie von freisinniger Seite, wenigstens für die dänische Grenze, betrieben wird, zu den größten Nachtheilen für den deutschen Viehstand, der auch schon durch die Einfuhrverbote von England und Frankreich benachtheiligt ist, führen und zwar ohne daß dem „kleinen Manne“ irgendwie geholfen werden würde: weder würden die Preise nothwendig geringer werden, noch würde den kleinen Leuten überhaupt in Zukunft der Bezug gesunden Schweinefleisches garantirt werden können.

Der Reichstag hat unter Ablehnung des freisinnigen Antrags mit großer Majorität die Berechtigung und Nothwendigkeit des Schweineeinfuhrverbots anerkannt. Hiermit ist den Freisinnigen zugleich der Boden für ihre Klagen über den Mangel der Fürsorge für die arbeitenden Klassen und über die Berücksichtigung

„agrarischer“ Interessen entzogen worden. Von der Fürsorge für die arbeitenden Klassen hat der Reichstag Beweise genug, und zwar ohne Betheiligung des Freisinn, geliefert.

Ob dieser nun wohl für die Wahlen die Action auf diesem Gebiete wieder wird aufnehmen wollen? Nach der Niederlage, welche ihm die Majorität, zu der auch das Zentrum gehörte, bereitete, würde dies kaum zu erwarten sein, wenn man nicht wüßte, daß der Freisinn außerordentlich zäh in seinen unrichtigen Behauptungen und falschen Schlußfolgerungen ist.

Die Ergänzungswahlen zur Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung besteht aus 126 Mitgliedern, welche in 42 Wahlbezirken mit je drei nach der Besteuerung geschiedenen Abtheilungen gewählt werden. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Stadtverordneten aus. Zu den 42 Neuwahlen traten in diesem Jahre noch 2 Ersatzwahlen hinzu. Wie früher auch entspann sich ein lebhafter Wahlkampf in der dritten Abtheilung, in welcher die Niedrigbesteuerten, also die große Mehrzahl der Wähler, stimmen und die 16 Abgeordnete zu wählen hatte. Von diesen 16 Mandaten waren bisher 10 in freisinnigen, 4 in bürgerparteilichen und 2 in socialdemokratischen Händen. In der ersten und zweiten Abtheilung dominiert die freisinnige Partei und die 28 Mandate dieser Abtheilungen fielen auch wieder den Freisinnigen zu. Das Ergebnis der Wahlen der dritten Abtheilungen dagegen war sehr bemerkenswerth: Die Socialdemokratie eroberte im ersten Anlauf 6 Mandate und bleibt an 4 Stichwahlen — gegen 2 Freisinnige und 2 Bürgerparteiliche — theilhaftig, die Freisinnigen erhielten 6 Mandate und die Bürgerparteiliche keines.

Der Erfolg der socialistischen Arbeiterpartei, die Verluste der Freisinnigen und die Niederlage der Bürgerparteiliche sind augenfällig. Während erstere bei den Ergänzungswahlen 1887 in Folge heftiger innerer Streitigkeiten sich gespalten hatten, zog sie dies Mal einig und geschlossen in den Kampf, der für sie ein Aufklärungsgesicht für die nächsten Reichstagswahlen bedeutete. Die Niederlage der Bürgerpartei kann Niemanden Wunder nehmen, welcher die Zerfahrenheit im Lager der Berliner Kartellparteien kennt, denen sich obendrein noch eine Partei der reinen Antisemiten an die Seite gestellt hatte. Ein Theil der Nationalliberalen hielt es bisher noch mit der Mehrheit der städtischen Verwaltung in dem an sich richtigen Glauben, daß Parteipolitik in den communalen Angelegenheiten keinen Platz haben solle. Die Freisinnigen aber pflanzten dies Mal erst recht ihre Parteifahne auf und verdrängten die wenigen nationalliberalen Stadtverordneten, wie den Abgeordneten Dechelhäuser. Dieser Theil der Nationalliberalen scheint jetzt von dem Wahne, daß der Terrorismus des Fortschrittsrings zu ihren Gunsten eine Ausnahme mache, kurirt zu sein, nachdem er die Rolle der Gans in der Fabel gespielt hat, die sich von dem Fuchs begeben ließ, mit ihm spazieren zu gehen.

Man sollte wohl meinen, daß die socialdemokratischen Siege von der freisinnigen Partei, die sich noch im Besitze von vier Reichstagsmandaten in Berlin befindet, als ein ernstes Mene Tekel aufgefaßt würden. Weit gefehlt. Die freisinnigen Blätter sind voll eitel Freude über den Mißerfolg der Bürgerpartei und wollen die Gefahr, welche dem Freisinn von der Socialdemokratie droht, kaum bemerken. Und dabei rechnen die socialistischen Blätter schon ganz genau aus, daß Berlin nach den nächsten Reichstagswahlen zu zwei Dritteln, mit vier Mandaten von sechs, socialdemokratisch vertreten sein wird! Eine höchst traurige